



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 14.04.2010

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales  
am Mittwoch, 21. April 2010, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 27.1.2010 und 10.3.2010

2. 10-A-16-0002

Eingabe von sozialen Einrichtungen und Institutionen

3. 08-F-25-0102

**ANLAGE**

Zusätzliche Betreuung von Demenzkranken  
- *Bericht des Dezernates VI vom 26.2.2010* -

#### 4. 10-F-25-0035

Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP vom 1.4.2010 -

Der Sozialausschuss möge beschließen,

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie hoch ist der Anteil von Arbeitssuchenden nach dem SGB II in der Altersgruppe bis 25 Jahren, die auf längere Sicht nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können, wie hoch ist hierbei der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund?
  - Welche Gründe liegen hierfür vor?
  - Welche Angebote und Maßnahmen werden mit welchem Erfolg in diesen Fällen eingesetzt?
  - Welches sind die Kooperationspartner für diesen Personenkreis?
  - Wie lange wird eine Maßnahme im Durchschnitt gewährt?
2. Wie groß ist der Anteil bei den unter 25-jährigen Arbeitssuchenden nach dem SGB II ohne Berufsausbildung, wie hoch ist hierbei der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund?
  - Welche Gründe liegen hierfür vor?
  - Welche Angebote und Maßnahmen werden mit welchem Erfolg in diesen Fällen eingesetzt?
  - Welches sind die Kooperationspartner für diesen Personenkreis?
  - Wie lange wird eine Maßnahme im Durchschnitt gewährt?
3. In welcher Größenordnung bewegen sich die Kosten für diese Maßnahmen
4. Welche für die Altersgruppe vorgesehenen Sanktionen werden bei Verweigerung der Zusammenarbeit und bei Verweigerung der Teilnahme an Sprach- und Schulungskursen ausgesprochen und umgesetzt?

#### 5. 10-F-25-0034

Fremdunterbringung von Kindern

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP vom 14.4.2010 -

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

- I. Der Magistrat wird gebeten, unter besonderer Berücksichtigung folgender Fragestellung (II.) einen Sachstandsbericht
  - + zur Pflegekinder- und Adoptionsvermittlung sowie
  - + zur Fremdunterbringung in stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe und zur sozialpädagogischen Familienhilfe zu geben

- II.1 Nach welchen Kriterien wird bei der Zuweisung in
- eine Dauerpflegestelle
  - eine Erziehungsstelle
  - eine Adoptionsfamilie
  - in Heimerziehung
  - in eine Notpflegestelle
- verfahren?
- II.2 Wie viele Kinder wurden in Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe vermittelt?
- II.3 In wie vielen Familien wird Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) durchgeführt?
- Wie hoch ist der Bedarf?
- Wie viele Stellen sind derzeit besetzt?
- Nach welchen Kriterien wird beim Einsatz von SPFH verfahren?
- II.4 Wie hoch ist der Anteil der Vermittlung von Kindern mit Migrationshintergrund gemessen an der Gesamtzahl der Vermittlungen in:
- stationäre Maßnahmen der Erziehungshilfe
  - in Pflegestellen.
- II.5 Sind Veränderungen im Rahmen der Wahrnehmung des Schutzauftrages nach dem KJHG seit der Einführung des § 8a feststellbar und wenn ja, welche?

## 6. 10-F-25-0031

Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche mit Rechen- oder Lese-Rechtschreibstörungen  
- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP vom 13.4.2010 -

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht vor, dass Kinder und Jugendliche, die von einer diagnostizierten Rechen- und/oder Lese-Rechtschreibstörung betroffen sind, entsprechende Fördermaßnahmen erhalten. Die Fördermaßnahmen können sowohl von schulischen Trägern als auch von freien Trägern der Jugendhilfe durchgeführt werden.

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche mit diagnostizierten Teilleistungsstörungen (Fallzahlen) nehmen jährlich an Fördermaßnahmen gem. § 35 a in Verbindung mit § 27 KJHG (SGB VIII) in der Landeshauptstadt Wiesbaden teil?
2. Wie hoch sind die Fallzahlen im Bereich
  - a) der schulischen Fördermaßnahmen und
  - b) der außerschulischen Fördermaßnahmen und wie haben sich die Fallzahlen in den vergangenen drei Jahren entwickelt?
3. Welche Informationen über die soziale Herkunft der betroffenen Kinder und Jugendlichen gibt es?
4. Auf welche Summe belaufen sich die im Doppelhaushalt 2010/11 bereitgestellten Mittel und wie verteilen sie sich auf
  - a) die schulischen Träger und
  - b) die freien Träger der Jugendhilfe?
5. Von welchen Wartezeiten müssen Kinder und Jugendlichen i.d.R. ausgehen, bis sie an einer entsprechenden Fördermaßnahme teilnehmen können?
6. Wie schätzt der Magistrat die Entwicklung und Verteilung der Fallzahlen ein?
7. Werden entsprechende Maßnahmen auch über die gesetzlichen und/oder die privaten Krankenkassen gefördert? Wenn ja, welche formalen Bedingungen sind hierfür maßgeblich?

Die Ergebnisse dieses Berichts sind ebenfalls an den Ausschuss für Schule und Kultur weiterzugeben.

7. **10-V-51-0007**

**DL 14/10-9**

Nachwahl eines beratenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

8. **10-A-16-0001**

Bericht des Sozialdezernenten

9. **Verschiedenes**

## Tagesordnung II

1. **09-V-51-0083** **DL 13/10-1 NÖ**  
  
Übertragung von Aufgaben der Wohnraumförderung und der Städtebauförderung auf die SEG;  
neuer Beschluss eines Dienstleistungsvertrages ab dem 01.01.2010
  
2. **10-A-16-0004** **ANLAGE**  
  
Jahresbericht des Seniorenbeirates für das Jahr 2009
  
3. **10-V-01-0002** **DL 14/10-1**  
  
Einrichtung einer Kindertagesstätte am Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden, Mainzer  
Straße
  
4. **10-V-51-0006** **DL 14/10-8**  
  
Dynamisierung des bestehenden Leistungsvertrages mit dem Träger Kinderhaus Elsässer Platz  
e. V.
  
5. **10-V-51-0014** **DL 14/10-10**  
  
Dynamisierung der bestehenden Leistungs- und Zuschussverträge mit dem Träger Lebenshilfe  
Wiesbaden e. V.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der  
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-  
punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers  
Vorsitzender